

Ifo: Neue Griechen-Hilfe kostet rund 9 Milliarden

ppl. FRANKFURT, 11. Februar. Immer drängender fordert die griechische Regierung Erleichterungen bei den Konditionen für die Hilfskredite. Die EU-Finanzminister haben diese dem Land zugesagt, sobald es einen Primärüberschuss im Staatshaushalt (ohne Zinszahlungen) vorweisen kann. Als eine Option für Erleichterungen ist in Brüssel eine Verlängerung der Kreditlaufzeit des ersten Hilfspakets von 30 auf 50 Jahre im Gespräch. Es umfasst rund 73 Milliarden Euro Kredite, davon 53 Milliarden Euro bilaterale Kredite der Euroländer. Außerdem könnten die Zinssätze nochmals um 0,5 Prozentpunkte gesenkt werden, wie Medien unter Berufung auf ungenannte Beamte meldeten.

Mit diesen Lockerungen der Kreditkonditionen würde der Barwert der Forderungen um knapp 9 Milliarden Euro gesenkt, hat das Ifo-Institut nun errechnet. Stimmen die öffentlichen Gläubiger den Erleichterungen zu, verzichteten sie real auf einen Rückzahlungsbetrag in dieser Höhe. „Die Erleichterungen sind im Grunde noch ein Schuldenschnitt“, sagte der Ifo-Wissenschaftler Timo Wollmershäuser. Da der deutsche Anteil an den bilateralen Krediten 29 Prozent beträgt, würde der deutsche Steuerzahler auf etwa 2,5 Milliarden Euro verzichten. Würden auch für das zweite Hilfspaket, von dem bis Ende 2013 rund 134 Milliarden Euro aus dem Krisenfonds EFSF ausgezahlt wurden, die Konditionen in ähnlicher Weise gelockert, dann würde der Schuldenschnitt noch deutlich höher ausfallen.